

Soziale Verteidigung damals und heute – unsere Geschichte, unsere Forderungen



Vor 30 Jahren, im März 1989, wurde in Minden der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) gegründet. Doch wer diesen Namen heute hört, ist immer wieder erstaunt: Was bedeutet das eigentlich, „Soziale Verteidigung“? Wer soll sich warum gegen wen verteidigen? Und vor allem: wie? Tatsächlich sind diese Fragen heute zum Teil anders zu beantworten als früher. Die Anwendungsgebiete der Sozialen Verteidigung haben sich im Laufe der Zeit verändert und erweitert, es wurden Erfahrungen mit dem Konzept gesammelt und sowohl Erfolge als auch Grenzen der Sozialen Verteidigung identifiziert. In diesem Papier wollen wir einen kurzen Überblick darüber geben, wie das Konzept der Sozialen Verteidigung entstand, wie es auf sicherheitspolitische Herausforderungen antwortet und vor allem, welche friedenspolitischen Forderungen wir heute daraus ableiten.

Rückblick 1988: Kongress „Wege zur Sozialen Verteidigung“ in Minden

Vom 17.-19. Juni 1988 fand in Minden der bundesweite Kongress „Wege zur Sozialen Verteidigung“ statt, bei dem etwa eintausend Menschen über gewaltfreie Alternativen zur militärischen Verteidigung diskutierten. Damals war das Ende des Ost-West-Konfliktes noch nicht absehbar. Die drohende militärische Auseinandersetzung zwischen den Supermächten USA und der Sowjetunion prägte das damalige Geschehen. Insbesondere war klar: Sollte es jemals zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den Blöcken kommen, so drohte ein Atomkrieg und damit die Vernichtung der Welt. Die gegenseitige militärische Aufrüstung brachte keine Sicherheit, sondern trieb die Gefahr der Eskalation immer weiter voran. Abrüstung war das Gebot der Stunde. Für Teile der Friedensbewegung bedeutete das eine völlige Abkehr vom Militär. Dies sollte signalisieren: Weder unser Staat noch Teile unsere Gesellschaft werden andere angreifen und zugleich auf Angriffe nicht mit militärischen Mitteln antworten. Doch wie sollte man gleichzeitig dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung gerecht werden? Wie reagieren, wenn doch ein Staat Deutschland und den Westen angreifen würde? Wie könnte sich eine Gesellschaft ohne Militär dagegen verteidigen? Das Konzept der Sozialen Verteidigung, maßgeblich entwickelt ab den 1960er Jahren durch Theodor Ebert, Johan Galtung, April Carter, Gernot Jochheim und andere, sollte darauf Antworten geben. Als zentrale Elemente wurden in Minden der gewaltfreie Widerstand und die Nicht-Zusammenarbeit mit der angreifenden Macht identifiziert. Christine Schweitzer, BSV-Gründungsmitglied und heute BSV-Geschäftsführerin, definierte damals Soziale Verteidigung als „die Verteidigung der Lebensweise und des Selbstbestimmungsrechts eines Kollektivs mit gewaltfreien Mitteln“. Das Kollektiv konnte dabei eine Gemeinde, eine ethnische Gruppe oder eben auch eine Nation sein. Doch welche Voraussetzungen mussten gegeben sein, damit der Widerstand funktionieren konnte? Wie sollte er organisiert werden? Und wie sollte dabei das Verhältnis zwischen staatlichen Strukturen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aussehen? Diese und viele weitere Fragen beschäftigten die Teilnehmer*innen des Kongresses.

Die Soziale Verteidigung nach Ende des Kalten Krieges

Die in weiten Teilen gewaltfreien Umstürze in der DDR, in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und den baltischen Staaten zeigten 1989 beispielhaft, dass die Macht der Herrschenden ohne die Zustimmung der Beherrschten letztlich nicht dauerhaft bestehen kann. Diese insbesondere durch den US-amerikanischen Friedensforscher Gene Sharp entwickelte Machttheorie ist eine der Säulen der Sozialen Verteidigung. Die kurze Euphorie über die Chancen einer Friedensdividende nach Auflösen der Blockkonfrontation wurde jedoch jäh gestoppt durch die Konflikte, die aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung Jugoslawiens ab 1991 entstanden. Auf Letztere antwortete der BSV mit Trainings in gewaltfreiem Handeln und Mediation für einheimische Initiativen, den Aufbau eines Email-gestützten Kommunikationsnetzwerks und die Mitinitiierung des „Balkan Peace Teams“, das die Friedens- und Menschenrechtsbewegungen in Kroatien, Serbien und dem Kosovo unterstützte und Dialoge förderte.

Innerhalb Deutschlands hegte die Friedensbewegung nach 1989 die Hoffnung, dass der Fall der Mauer auch die Möglichkeit eröffnete, aus der NATO auszutreten, diese gar abzuschaffen und durch eine rein zivile Institution zu ersetzen. Ähnliches wurde auch für die Bundeswehr gefordert. Doch spätestens mit dem Kosovo-Krieg 1999, an dem sich die neu gewählte rot-grüne Bundesregierung militärisch beteiligte, wurde diese Hoffnung enttäuscht und Krieg wieder offizielles Mittel deutscher Politik.

Der BSV antwortete auf die Herausforderungen in den 1990er Jahren zum einen mit der Förderung gewaltfreier Trainings im Inland (Projekt „Wege aus der Gewalt“). Zum anderen ging es um den Aufbau des Zivilen Friedensdienstes und des Zivilen Peacekeepings durch Organisationen wie die Nonviolent Peaceforce. Grundlage beider Konzepte ist es, auf Anfrage aus Krisengebieten die Menschen vor Ort selbst zu befähigen, Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten und sich selbst und ihre Gemeinden gegenüber gewaltsamen Akteur*innen zu schützen. So wurden weitere Elemente der Sozialen Verteidigung in der Praxis erprobt und weiterentwickelt.

Soziale Verteidigung heute: Aktuelle Herausforderungen und Forderungen

In den ersten zwei Jahrzehnten des neuen Jahrtausends gab es, beginnend mit dem gewaltfreien Sturz des serbischen Präsidenten Milošević 2001, in vielen Ländern gewaltfreie Aufstände: in Georgien, der Ukraine (2004 und 2014) oder im Arabischen Frühling (2011). Gerade bei Letzterem hat sich allenfalls in Tunesien mittel- bis langfristig eine politische Verbesserung der Situation ergeben, in anderen Ländern wie Ägypten ist die Lage heute gar schlimmer als zu Mubaraks Zeiten. Und in Syrien wurde der gewaltfreie Widerstand gegen Assad durch die Militanz aller bewaffneten Konfliktparteien in einen grausamen, immer noch anhaltenden Krieg getrieben.

Der internationale Terrorismus wurde durch den sog. Krieg gegen den Terror eher angeheizt als bekämpft. Nach Berechnungen der internationalen Friedensorganisation IPPNW hat er bis 2015 mehr als 1,3 Millionen Tote gekostet¹. Die nie wirklich beendeten Spannungen zwischen West und Ost (NATO vs. Russland) sind spätestens seit der Ukraine-Krise 2014 so eskaliert, dass manche von einem neuen Kalten Krieg sprechen – Gesprächskanäle sind eingefroren, Truppen wurden nahe der Grenzen stationiert und Militärmanöver dienen der gegenseitigen Abschreckung.

Die zu begrüßende Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht in vielen europäischen Ländern hat nicht, wie erhofft, zu einer Demilitarisierung der Gesellschaft geführt. Im Gegenteil: Durch massive Werbefeldzüge ist das Militärische so präsent wie lange nicht mehr. Zudem sind die weltweiten Rüstungsausgaben heute so hoch wie nie zuvor. Gleichzeitig ist in ganz Europa das Erstarken rechter Bewegungen und Parteien zu verzeichnen. Der Rechtspopulismus droht, mit seinen menschenfeindlichen Ideologien und antidemokratischen Bestrebungen übermäßig Einfluss auf den öffentlichen Diskurs zu nehmen. Das alles führt in eine Sackgasse.

Einige Hoffnungsschimmer bieten Impulse aus der Wissenschaft (z.B. das Konzept der Friedenslogik und verschiedene Studien zum Erfolg gewaltfreier Kampagnen), aus der Friedensbewegung (z.B. die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ oder die Friedensnobelpreisträgerin ICAN), und aus kirchlichen Kreisen (z.B. das Szenario „Sicherheit neu denken“ der Badischen Landeskirche). All jene wünschen sich – wie wir – eine andere, zivile Form der Außen- und Sicherheitspolitik, Abrüstung, Entmilitarisierung und den Ausbau der Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung.

Auf Grundlage des Konzeptes der Sozialen Verteidigung und mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen fordern wir deshalb heute:

- eine Außen- und Sicherheitspolitik, die sich an der Friedenslogik orientiert und Gewaltprävention und Zivile Konfliktbearbeitung stärkt
- das Ende militärischer Auslandseinsätze und eine stetige Verringerung des Rüstungshaushalts bis hin zur vollständigen Abrüstung und Auflösung der Bundeswehr
- eine Weiterentwicklung des Konzeptes der Sozialen Verteidigung und die Förderung der Konzepte zur aktiven Gewaltfreiheit in der Gesellschaft
- die Umsetzung der zivilen Teile der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ der Bundesregierung von 2017, insbesondere die Finanzierung von Projekten des Zivilen Peacekeepings von nicht-staatlichen Organisationen, den massiven Ausbau des Zivilen Friedensdienstes und anderer Mechanismen der Krisenprävention (gewaltfreie Konfliktbearbeitung, zivile Friedenskonsolidierung)
- ein Ende der zunehmenden Militarisierung der EU durch PESCO und andere Initiativen sowie ein Ende des Ausbaus der „Festung Europa“, stattdessen die Stärkung und den Ausbau der OSZE und der zivilen Säulen der EU, offene Grenzen und eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Flüchtlingspolitik
- die Demokratisierung und Stärkung einer zivilen UNO und ihrer Unterorganisationen
- die Unterzeichnung des UN-Vertrages über ein Atomwaffen-Verbot durch die Bundesrepublik
- die Ablehnung des in der NATO vereinbarten Zieles, die Rüstungsausgaben auf 2% des BIP zu erhöhen
- sowie das Verbot von Rüstungsexporten und damit einhergehend eine konsequente Rüstungskonversion.

Vorstand des Bund für Soziale Verteidigung, 20.01.2019

¹ https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/BodyCount_internationale_Auflage_deutsch_2015.pdf